

Zum Abschluss noch eine Schmunzette: Der Erfolg hat ja immer viele Väter und Mütter. Die CDU hat am letzten Wochenende in Wesel eine Tagung durchgeführt, wo sich Staatssekretär Brauksiepe, der derzeit im Verteidigungsministerium tätig ist, auch zum Mindestlohn geäußert hat. Ich darf aus der „Rheinischen Post“ zitieren:

(Minister Johannes Remmel: Hört, hört!)

Als ein großes Ereignis im ersten Jahr der Großen Koalition bezeichnete Brauksiepe die Einführung des Mindestlohns. Für anständige Arbeit wird anständig bezahlt. Das haben wir erreicht. Außerdem erwähnte er die Mütterrente und die Möglichkeit, mit 63 abschlagsfrei in Rente zu gehen.

(Minister Johannes Remmel: Das wird immer besser!)

Dass all dies mit den Sozialdemokraten erreicht werden konnte, wundert Brauksiepe nicht. Wenn die SPD ordentlich an die Hand genommen wird, kann man mit ihr gut regieren.

(Lachen bei Ministerin Svenja Schulze – Allgemeine Heiterkeit)

Ich kann dazu nur sagen, meine Damen und Herren, das ist wirklich ein Stück Sozialgeschichte, kurze Zeit nach Inkrafttreten des Mindestlohnes. Der Mann ist ja im Verteidigungsministerium tätig. Deshalb kann ich nur sagen: Zu kurz gesprungen, zurück in die Waffenkammer, Flintenläufe begradigen. Das wäre die richtige Aufgabe für diesen Mann. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Schneider. Ihre vorgetragene „Schmunzette“, wie Sie das genannt haben, hat dazu geführt, dass Sie die Redezeit um eine Minute und 57 Sekunden überzogen haben. Wenn die Fraktionen darauf noch einmal reagieren möchten, steht ihnen diese Zeit dafür zur Verfügung. – Herr Kollege Alda möchte das gerne. Bitte schön.

Ulrich Alda (FDP): Danke. – Frau Präsidentin, behalten Sie das im Auge, aber so lange werde ich gar nicht benötigen.

Dass wir bei diesem Thema auseinander liegen, das war von vornherein klar, auch wenn jetzt alles mit Gedanken vermischt wird, die gar nicht darin standen.

Herr Minister, mit Ihren Verordnungen sind wir aber schon auf dem richtigen Weg. Das ist okay, wenn Sie sagen, da brauchen wir etwas für diese Branche, weil es dort Probleme gibt. Lassen Sie uns im Ausschuss darüber reden, wie man so etwas entflechten kann.

Nur zur Korrektur: Ich habe nicht gesagt, ich habe keinen Bock darauf, sondern meine Mitarbeiter.

Ansonsten ist es aber das Gleiche wie mit dem Blitzmarathon. Weil wir 5 % Raser in der Bevölkerung haben, werden alle drangsaliert.

Es gibt Firmen, die schwarze Schafe sind. Die soll es auch im Kloster geben. Aber deswegen drangsaliieren Sie alle. Gehen wir lieber den Weg, den Sie vorgeschlagen haben. Ich freue mich darauf, wenn wir es so hinkriegen, Herr Minister. – Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Alda. – Gibt es weitere Wortmeldungswünsche? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 16/8457** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesund und Soziales** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**. Die abschließende Abstimmung und Beratung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist beides nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

7 Abschlussbericht der Enquetekommission zur Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf nachhaltige Rohstoffbasen, Produkte und Produktionsverfahren (Enquetekommission II)

Abschlussbericht
der Enquetekommission II
gemäß § 61 Absatz 3
der Geschäftsordnung
Drucksache 16/8500

zu dem Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 4. Dezember 2012
Drucksache 16/1630 – Neudruck

Ich erteile zunächst dem Vorsitzenden Markert zu einem zusätzlichen mündlichen Bericht das Wort. Ich will noch darauf hinweisen, dass Herr Markert und sein Stellvertreter, Herr Dr. Hachen, sich darauf verständigt haben, sich die Redezeit zu teilen. Beide werden reden. – Bitte schön, Herr Kollege Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal vergeht eine Zeit relativ schnell. Zwei Jahre sind ver-

hältnismäßig schnell um. So werden wir Ihnen nach diesen zwei Jahren heute die Ergebnisse der Enquetekommission „Zukunft der chemischen Industrie in Nordrhein-Westfalen im Hinblick auf nachhaltige Rohstoffbasen, Produkte und Produktionsverfahren“ sehr gerne vorstellen.

Eine Enquetekommission beschäftigt sich regelmäßig mit komplexen, gesellschaftspolitisch relevanten Fragen und macht wissenschaftlich-sachverständig begleitet Handlungsvorschläge. Mit unterschiedlichen Denkansätzen und von unterschiedlichen Denkschulen kommend haben wir uns dem komplexen naturwissenschaftlich-technischen Thema genähert, gemeinsam daran gearbeitet, leidenschaftlich gerungen. Wir haben am Anfang auch vereinbart, weil das ein komplexes Thema ist, uns im Wesentlichen auf drei Fragestellungen zu konzentrieren.

Wir wollten über die Rohstoffbasen am Beispiel von Rohstoffen und Werkstoffen sprechen. Wir wollten die gerade auch zukünftig wichtiger werdende Rolle der Elektrochemie beleuchten. Und wir wollten uns auch moderne chemisch-technische Verfahren näher vornehmen. Es war also eine Zuspitzung des Aufgabenfeldes angesichts der begrenzten Zeit und der Komplexität des Themas.

Wir waren insofern auch eine Enquetekommission, die sich mit der Zukunft der chemischen Industrie beschäftigt hat, und keine, die sich mit der Verkehrsinfrastruktur beschäftigt hat. Fragen des Brückenzustands oder von Pipelines haben wir daher von vornherein ausgeklammert.

Wir waren auch keine Energieenquete. Gleichwohl haben wir uns in der Diskussion mit bestimmten Fragen, die wir im Zusammenhang mit den globalen Energiepreisentwicklungen beleuchtet haben, beschäftigt, aber beispielsweise auch festgehalten, dass Fracking wegen der damit verbundenen, nicht ausgeräumten hohen ökologischen Risiken für uns in Nordrhein-Westfalen derzeit und auch zukünftig wohl politisch nicht verantwortbar ist. Das hat ja auch unter anderem unsere Ministerpräsidentin mehrfach festgestellt.

Weil wir uns mit heimischen Rohstoffbasen beschäftigt haben, haben wir uns dazu bekannt, dass es hier im Parlament im letzten Jahr ein Bekenntnis zu einer Leitentscheidung mit Blick auf den Einsatz des heimischen Rohstoffs Braunkohle gegeben hat. Das mitzuteilen, ist mir wichtig, damit man die Handlungsempfehlungen entsprechend einordnen kann.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt einen nachhaltigen Weg zum Erhalt, zur Weiterentwicklung und zum Umbau unserer Industriegesellschaft. Dieser kann aber nur im Konsens aller relevanten Akteure gelingen. Daher wurde unsere Enquetekommission damit beauftragt, Handlungsoptionen zu erarbeiten, um den Chemie-

standort Nordrhein-Westfalen zukunftsfähig zu machen. Vertreterinnen und Vertreter aus Industrie, Verbänden, Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften einigten sich auf einen solchen Konsens und bekannten sich dabei zu den Zielen der Ressourceneffizienz der Energie, des Ressourcenwandels und der Kreislaufwirtschaft.

Damit ist es unserer Enquetekommission gelungen, und zwar im Konsens aller fünf Fraktionen, eine belastbare Brücke in eine wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltige Zukunft für eine unserer Schlüsselindustrien und damit für Nordrhein-Westfalen insgesamt zu bauen.

Die Weichen auf diesem nachhaltigen Weg zum Umbau werden dabei heute schon so gestellt, dass vermehrt erneuerbare Energien in chemische Synthesen eingespeist und die Rohstoffbasis diversifiziert, also auf breitere Füße gestellt werden kann. Dass es unserer Kommission dabei gelungen ist, sehr konkret und greifbar insgesamt 58 Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, ist auch ein Zeichen ihrer erfolgreichen Zusammenarbeit.

Jetzt kann und will der Vorsitzende der Kommission nicht zu allen 58 Handlungsempfehlungen im Einzelnen Stellung nehmen; dazu werden auch die Obleute der Fraktionen gleich noch Gelegenheit haben und ihre Highlights sicherlich noch vorstellen. Wir haben uns darüber verständigt, dass die Reihenfolge der Präsentation der 58 Handlungsempfehlungen nichts mit einer Gewichtung zu tun hat, sondern sie alle gleichermaßen von Bedeutung und wichtig für unseren Standort sind.

Meine Damen und Herren, für das Gelingen des nachhaltigen Umbaus ist nicht nur der Gleichklang aus Sozialem, aus Ökonomischem und Ökologischem zwingend, sondern gleichermaßen kommt es auf die Effizienz, auf die Konsistenz und auf die Suffizienz dieses Vorgehens, dieses Umbauens an.

Mit der Effizienz setzen wir auf eine ergiebigere Nutzung von Materie und Energie, also auf eine höhere Ressourcen- und Energieproduktivität.

Dazu braucht es etwa unsere Unterstützung bei der Entwicklung volatiler Fahrweisen von Chlor-Alkalie-Elektrolysen, die – je nach Stromangebot mit und ohne Sauerstoffverzehrkathode – Wasserstoff erzeugen können. Das sind natürlich schwierige Begriffe. Um es anschaulich zu machen: Nordrhein-Westfalen ist da schon auf einem guten Weg. Die Sauerstoffverzehrkathode, die in Leverkusen in den letzten 15 Jahren entwickelt wurde, hat das Potenzial, ein Drittel des Stroms, die wir bei der Chlorchemie einsetzen, einzusparen. Und wenn man weiß, dass allein für die Chlorchemie 3 % des deutschen Stromverbrauchs verwendet werden, reden wir hier über 1 % Einsparung im gesamten Stromverbrauch der Bundesrepublik Deutschland. Das ist eine Menge. Das ist mehr als der Stromverbrauch beispielsweise der Großstadt Köln. Deswegen ist es

gut, auf diesem Weg weiterzugehen, effizient die Chemie weiter nach vorne zu entwickeln.

Ebenso empfehlen wir die Verstärkung der wissenschaftlichen Ressourcen zur Erforschung chemischer Energiespeicher und zur Weiterentwicklung der Power-to-Gas-Technologien im Hinblick auf notwendige Effizienzsteigerungen und eine verbesserte Wirtschaftlichkeit.

Meine Damen und Herren, mit der Konsistenz fördern wir naturverträgliche Technologien, die die Ökosysteme nutzen, ohne sie zu zerstören, Stichwort Kreislaufwirtschaft. Unsere Kommission empfiehlt daher eine Verbesserung der Verfügbarkeit kommunaler Abfallströme als Rohstoffbasis für die chemische Industrie im Sinne einer Kaskadennutzung. Ebenso gilt dies für die von uns empfohlene Förderung von Pilotanlagen für das Verfahren der hydrothermalen Karbonisierung, also des Aufkochens unter Druckverhältnissen von Bioabfällen zu einer Hydrokohle. Im Schnellkochtopf wird sozusagen der Bioabfall schneller zu einem Produkt entwickelt, wofür die Natur Hunderttausende von Jahren braucht.

Und diese stoffliche Umwandlung von organischen Reststoffen wird dann für neue Plattformchemikalien genutzt. Das ist also ein Rohstoff der Zukunft. Dadurch, dass wir seit diesem Jahr die Bioabfälle getrennt erfassen, wird einem sicherlich noch einmal das Potenzial, das darin steckt, diese Abfälle zu nutzen, um daraus wieder Chemikalien zu erzeugen, klar. Das ist gelebte Kreislaufwirtschaft.

Schließlich zielen wir mit der Suffizienz, der Vermeidung, auf einen geringeren Verbrauch von Ressourcen ab. So empfehlen wir die Förderung von Forschung und Entwicklung verbesserter petrochemischer und biobasierter Werkstoffkonzepte. Hierbei ist ein Schwerpunkt auf das Produktdesign zu legen, das die Nutzungsphase zum Beispiel für Light-Weight-Anwendungen oder andere Beiträge zur besseren Ressourcennutzung im Blick hat.

Zuletzt – erlauben Sie mir das bitte auch noch anzumerken – geht es um die Schaffung eines Lehrstuhls für biomimetische Chemie. Mit Biomimetik, der Nachahmung natürlicher Prozesse, kann eine Annäherung an die Normaltemperatur, Niederdruck oder sonnengetriebene Prozesse der Natur untersucht und können so auch Umwelteinwirkungen der chemischen Industrie von vornherein vermieden werden. Das ist sicherlich der letzte Schritt der Zukunftsmusik. Da sind wir vielleicht in 30 Jahren. Aber wir haben auch einen Innovationszeitraum von 15, 20, 30 Jahren untersucht. Das ist ja die Aufgabe einer solchen Enquetekommission.

Meine Damen und Herren, das große Portfolio, das wir hier gemeinsam entwickelt haben, die 58 Handlungsempfehlungen, ist natürlich nur möglich gewesen, weil sehr viele Menschen daran weit über das übliche Maß an Arbeit und Leidenschaft hinaus mit-

gearbeitet haben. Deswegen möchte ich als Vorsitzender dieser Enquetekommission ausdrücklich auch denen danken, die zum Gelingen dieser Enquetekommission beigetragen haben.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt den Referentinnen und Referenten der Fraktionen: Daniel Marker, Evelyn Hepp, Dr. Sebastian Ritter, Dr. Hugo Obermann und Dr. Andrea Holtkamp sowie Svenja Sudeikat.

(Allgemeiner Beifall)

Unser Dank gilt unseren Sachverständigen: Thomas de Win, Prof. Dr. Michael Dröscher, Dr. Walter Leidinger, Hans-Jürgen Mittelstaedt und Prof. Dr. Volker Hessel.

(Allgemeiner Beifall)

Stellvertretend für die politischen Vertreterinnen und Vertreter in der Kommission – also die Fraktionen, um es auf einen kurzen Nenner zu bringen – möchte ich den Obleuten in der Kommission danken. Herzlichen Dank an Guido van den Berg, Matthias Kerkhoff, Dr. Birgit Beisheim, Dietmar Brockes sowie Kai Schmalenbach und Hanns-Jörg Rohwedder.

(Allgemeiner Beifall)

Unsere Arbeit als Vorsitzende dieser Kommission wurde begleitet und leidenschaftlich unterstützt vom Kommissionssekretariat. Deswegen auch ein herzlicher Dank im Namen der Kommission an das Kommissionssekretariat unter der Regie von Johanna Högner. Dank an Sascha Symalla, Markus Preuß, Mirjam Hufschmidt und Gisela Lange.

(Allgemeiner Beifall)

Erlauben Sie mir bitte, dass ich der geschätzten Kollegin Gisela Lange auf diesem Weg – sie beendet jetzt ihre berufliche Laufbahn und geht in den wohlverdienten Unruhestand – alles Gute für ihre weitere Zukunft wünsche.

(Allgemeiner Beifall)

Last, but not least gilt mein besonderer Dank meinem lieben Stellvertreter Gerd Hachen, auf den ich mich, lieber Gerd, die ganze Zeit immer verlassen konnte. Das war ein großes freundschaftliches Verhältnis, das sich dort entwickelt hat, geprägt von großer Loyalität. Deswegen wirst du gleich auch hier vorne den zweiten Teil unserer gemeinsamen Rede vortragen, um auch die große Gemeinsamkeit in der Kommission hier zum Ausdruck zu bringen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, erlauben Sie dem Vorsitzenden abschließend ein Fazit in die Zukunft zu richten. Eine Chemie aus Sonne, Wasser, Abfall und Luft ist kein Luftschloss mehr. Überlegungen zur Implementierung erneuerbarer Energien in chemische Synthesen, zur Nutzung von CO₂ als

Kohlenstoffquelle und zur lichtgetriebenen Wasserspaltung werden in industrieller und öffentlich finanzierter Forschung stark vorangetrieben und weisen den Weg in eine andere, eine moderne Chemie, eine nachhaltige Chemie der Zukunft.

Schließen möchte ich in diesem Zusammenhang mit einem chinesischen Sprichwort, das lautet: Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen. – Lassen Sie uns Windmühlen bauen! – Herzlichen Dank, hat Spaß gemacht.

(Allgemeiner Beifall)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Wie Herr Kollege Markert schon gesagt hat, kommt nun Herr Dr. Hachen, sein Stellvertreter. Herr Dr. Hachen, Herr Markert hat Ihnen sechs Minuten übrig gelassen. Wenn Sie damit nicht auskommen, werde ich ein bisschen großzügig sein.

Dr. Gerd Hachen (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst sehr herzlich für die Gelegenheit danken, als stellvertretender Vorsitzender hier einige Worte über zwei Jahre erfolgreicher Arbeit in der Enquetekommission an Sie richten zu dürfen. Auch wenn die jetzt etwas kürzer ausfallen, als von meiner Seite erhofft, bin ich doch sehr froh darüber.

Ich glaube, es zeigt, dass wir im Laufe dieser zwei Jahre zu einer sehr guten vertrauensvollen Zusammenarbeit gefunden haben und dass diese insbesondere im Zusammenhang mit einer Enquetekommission dazu beiträgt, einmal über die Fraktionsgrenzen hinaus gute Kontakte und gute Zusammenarbeit zu pflegen. Herzlichen Dank dafür!

(Allgemeiner Beifall)

Lassen Sie mich zunächst mit einigen persönlichen Worten beginnen. Ich bin sicherlich wie einige andere Kollegen auch mit sehr gemischten Gefühlen in diese Arbeit der Enquetekommission hineingegangen, die für mich die erste Enquetekommission war. Alles war neu und die Richtung noch nicht einzuschätzen. Recht schnell wurde dann aber klar, dass wir ausgehend von der Istanalyse der chemischen Industrie zunächst Optionen für die weitere Entwicklung der chemischen Industrie zu identifizieren hatten, die sich an den sogenannten Megatrends orientierten, Megatrends, die die Erfolgsaussichten auf zukünftigen Märkten ganz wesentlich beschreiben.

Die erste Herausforderung für diese Arbeit in der Kommission war dann die Bewertung dieser identifizierten Optionen unter dem Gesichtspunkt ihrer Nachhaltigkeit.

Durch die konsequente und gleichwertige Ausrichtung dieser Nachhaltigkeitsbewertung an allen drei Kriterien, nämlich an der Ökologie ebenso wie an

der Ökonomie und ihren sozialen Auswirkungen, haben wir letztendlich ein für alle akzeptables Raster gefunden, das dazu beigetragen hat, einseitige Bewertungen zu vermeiden und Konsens zu erleichtern.

Letztlich hat das auch dazu geführt, dass der VCI Nordrhein-Westfalen in seiner Bewertung unserer Arbeit und unserer 58 Handlungsempfehlungen von einer ausgewogenen Analyse bedeutender Themenfelder für die Entwicklung der Branche spricht, die klare Handlungsempfehlungen für Politik und Wirtschaft beinhaltet.

Besonders die Einstimmigkeit dieses Votums über alle Fraktionsgrenzen hinweg macht das vorgelegte Ergebnis zu einem starken Signal an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das gegenseitige Vertrauen in eine sachorientierte, gute und verlässliche Zusammenarbeit ist unter den Kollegen im Laufe dieser zwei Jahre kontinuierlich gewachsen.

Auch für mich persönlich war es eine völlig neue und positive Erfahrung jenseits der Zwänge der normalen parlamentarischen Arbeit. Ich darf deshalb sagen: Es hat mir nicht nur als Chemiker sachlich-inhaltlich Spaß gemacht, mitarbeiten zu dürfen, sondern auch die Zusammenarbeit mit den Kollegen habe ich als sehr freundschaftlich und kollegial empfunden.

Ich danke deshalb ausdrücklich auch von dieser Stelle noch einmal allen Kollegen für diese konstruktive Atmosphäre, in der auch eine durchaus sachlich orientierte Auseinandersetzung in verschiedenen Bereichen möglich war. Den Dank verbinde ich von dieser Stelle aus mit den besten Genesungswünschen an den leider schon länger erkrankten Kollegen Schmalenbach.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Meinen Dank an den Vorsitzenden Hans Christian Markert habe ich bereits an den Anfang der Rede gestellt und will es auch wegen der Kürze der Zeit nicht noch einmal wiederholen, aber die Zusammenarbeit war eine außerordentlich gute. Ich hoffe, dass wir weiterhin im Gespräch bleiben.

Liebe Kollegen, der Dank wäre sicherlich nicht vollständig, wenn ich hier nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Referentinnen und Referenten der Fraktionen miteinbeziehen würde, von denen viele hier auch im Raum anwesend sind. Ich möchte sie nicht noch einmal benennen, denn das hat der Vorsitzende eben bereits getan, aber alle haben ganz wesentlich dazu beigetragen, dass wir heute eine gute Arbeit vorlegen können. Wir bedanken uns für die engagierte und die mit einer hohen Frustrationstoleranz ausgestattete Arbeit, die sie geleistet haben. Ich gehe davon aus, alle Insider wissen, wovon ich rede.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ein besonderer Dank gilt den Sachverständigen der Fraktionen. Sie sind mit ihrem Expertenwissen für den Erfolg zentral verantwortlich und nach meinem Eindruck im Verlauf der Arbeit zu einem guten Team zusammengewachsen.

Herrn Prof. Michael Dröscher möchte ich hier besonders erwähnen – ohne jemanden von den hier Anwesenden zurückstellen zu wollen. Ich erwähne ihn nicht in erster Linie, weil er als Sachverständiger meiner Fraktion unsere Arbeit wesentlich fundiert und kanalisiert hat, sondern weil er mit seiner sachorientierten und stets kompromissbereiten, freundlich-positiven und offenen Art so manchen Konflikt in der Kommission beizulegen half.

Das bei den Mitgliedern der Kommission zum geflügelten Wort avancierte „wegdröschern“ beschreibt dieses stete Bemühen ganz gut. Die Insider wissen, wovon ich rede.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auf Detailspekte unserer Arbeit – zum Beispiel im Bereich der Überlegungen für eine zunehmend diversifizierte Rohstoffversorgung oder für einen sinnvollen und notwendigen Ausbau der seit Jahren in der Bedeutung unterschätzten Elektrochemie oder der notwendigen Kompetenzerweiterung im zentralen Bereich der Katalyse oder der in den letzten zehn Jahren leider fast abgewickelten Kohlechemie in Nordrhein-Westfalen – will ich an dieser Stelle nicht mehr im Detail eingehen. Das werden die Kollegen tun.

Deswegen lassen Sie mich zum Ende kommen mit dem Hinweis: Wir brauchen – das ist eine ganz zentrale Erkenntnis – auch in der Zukunft den Dialog. Ich hoffe, dass es uns gelingen wird, in der ein oder anderen Form diesen Dialog nicht nur unter uns Parlamentariern, sondern auch mit den beteiligten Gruppen fortzuführen und somit letztendlich dann auch etwas mehr und kontinuierlich verbesserte Akzeptanz für industrielle Prozesse und Notwendigkeiten in unserer Gesellschaft zu schaffen. Also: Lassen Sie uns im Gespräch bleiben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Hachen. – Nachdem der Vorsitzende und sein Stellvertreter, Herr Markert und Herr Dr. Hachen, den Bericht für die Enquetekommission II vorgestellt haben, kommen wir jetzt zur Aussprache über diesen Bericht. Ich erteile zunächst Herrn Guido van den Berg von der SPD-Fraktion das Wort.

Guido van den Berg (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Arbeit in dieser Kommission hat sich gelohnt. Wir haben uns mit einer der wirklich tragenden Säulen des Wohlstandes

in unserem Bundesland beschäftigt. Über 400 Unternehmen, etwa 100.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein Umsatz von etwa 50 Milliarden € – darunter ein Auslandsanteil von 54 % –, ein Verbundstandort, bei dem der Abfall des einen gleichzeitig der Rohstoff des anderen ist – das zeichnet chemische Industrie aus. Chemische Industrie ist eine Industrie, die auch im Bereich Klimaschutz schon sehr weit ist. Von 1990 bis 2008 konnte die Produktion in der chemischen Industrie um 40 % gesteigert werden, die Treibhausgase und der Energieverbrauch hingegen gingen um 20 % bzw. 12 % zurück.

Das zeigt: Hier ist es schon gelungen, Produktion und Ressourcenverbrauch ein Stück zu entkoppeln. Chemie ist Ermöglichungsindustrie. Sie liefert die Werkstoffe, die Materialien – all das, was Branchen brauchen und in die Lage versetzt, erfolgreiche Produkte zu entwerfen.

Wir alle haben auf der gemeinsamen Pressekonferenz betont: Chemie ist Teil der Lösung, sie ist nicht Teil des Problems.

Wir haben uns in dieser Kommission natürlich auch mit den Herausforderungen beschäftigt. Wir haben gesehen, dass die Emerging Markets in China, in Brasilien oder in Indien auch unsere Chemie in Nordrhein-Westfalen verändern wird. Andere haben auch Standortvorteile. Andere bauen auch Verbundstrukturen auf. Sie haben geringere Löhne.

Wir wissen, dass Produktion immer nahe am Abnehmermarkt sein muss. Das bedeutet, wir müssen uns auch hier verändern und gucken: Wie können in diesem Land Wertschöpfungsketten erhalten werden?

Die VCI-Prognos-Studie 2030 war für viele in der Kommission ein erstes Wachrütteln, weil wir gesehen haben, auch die chemische Industrie nimmt das an und erkennt, dass sie bestimmte Marktanteile verlieren wird, aber Kerne erhalten will. Dabei sind wir nicht dem Fehlschluss erlegen, nur auf Dienstleistungen, auf Finanzdienstleistungen, vielleicht auch nur auf Internet und Telekommunikation zu setzen. Wichtig ist vielmehr, den industriellen Kern zu pflegen und die Vernetzung der alten und neuen Bereiche hinzukriegen, also nicht nur Old Economy und nicht nur New Economy, sondern etwas Neues daraus zu machen.

Wir haben uns aufgemacht und als Erstes festgestellt: Wenn wir das hinkriegen wollen, müssen wir zur Produktion stehen. Nur so werden wir Forschung und Entwicklung in unserem Land halten und sie nicht verlieren.

Es ist ein Bericht von 450 Seiten zustande gekommen; das ist schon erwähnt worden. Wissenschaftler werden in diesem Werk nicht den neuen Chemienobelpreis ausmachen. Die, die gerne schmökern, werden wahrscheinlich sagen: Es ist kein Literaturleckerbissen entstanden. Aber der Bericht ist trotzdem interessant und erkenntnisreich, weil er

eines geschafft hat: Er hat den Auftrag zur Konsenssuche, den uns dieses Parlament aufgetragen hat, erfolgreich ausgeführt.

Es war interessant, dass Teile der Presse als Erstes mühsam den Dissens ausmachen wollten und den gesucht haben. Ich sage sehr deutlich: Es gibt manchmal in diesem Hause mehr faule Kompromisslosigkeit als wirklich faule Kompromisse. Wir haben uns an dieser Stelle auf den Weg gemacht. Das kommt auch an. Der VCI hat in einer ersten Bewertung gesagt – ich zitiere –:

„Es ermutigt uns, dass der Bericht die wichtige Bedeutung der chemischen Industrie für die positive Entwicklung in Nordrhein-Westfalen hervorhebt und von allen fünf Fraktionen einvernehmlich ohne Sondervotum beschlossen wurde.“

Herr Hilken, der Vorsitzende, spricht von einem – Zitat – „starken Signal für die chemische Industrie in NRW.“

Meine Damen und Herren, von diesem Bericht kann wirklich eine Botschaft ausgehen: Die Industrie in Nordrhein-Westfalen muss die Politik nicht fürchten. Hier gibt es ein Grundverständnis über Zusammenhänge, ein Bekenntnis zur Wertschöpfungskette und zur Produktion. Damit können wir auch mit diesem Enquetebericht nach außen werben. Darauf können wir als Landtag stolz sein. Das haben bei Weitem nicht alle Bundesländer. Da haben wir ein Alleinstellungsmerkmal.

Wie kam es dazu? In allererster Linie lag es an den Menschen, die vorhin aufgezehlt worden sind. Besonderer Dank geht an die Sachverständigen, nicht nur an den der SPD-Fraktion, an Thomas de Win, sondern an alle, die ich dort oben sehe. Ich will das ausdrücklich betonen. Sie haben Fach- und Sachwissen eingebracht, manchmal unsere Grabenkämpfe ertragen, aber uns auch gezeigt, dass sie selber auch überzeugt werden wollen. Ein herzliches Dankeschön.

(Beifall von allen Fraktionen)

Der Dank gilt auch allen Kolleginnen und Kollegen – auch bei mir ohne jede Ausnahme – für gute Positionierungen, für Kollegialität und dafür, dass wir immer wieder aus allen Schützengräben herausgefunden haben. Mein herzliches Dankeschön.

(Beifall von allen Fraktionen)

Auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht nur den Dank an Daniel Marker, den Referenten unserer Fraktion, sondern ausdrücklich an alle Kolleginnen und Kollegen, die dort für die Fraktionen, aber auch für den Landtag Nordrhein-Westfalen mitgewirkt haben. Sie haben uns geholfen.

Ich danke auch den Vortragenden, den Gutachtern und ganz ausdrücklich dem Vorsitzenden. Er hat uns irgendwann mal in einer Obleuterunde gesagt,

dass diese Enquetekommission auch etwas mit ihm gemacht habe. Ich sage: Er hat zusammengeführt und ist manchmal auch über den eigenen Schatten gesprungen. Aber das muss ein Vorsitzender, er muss Zusammenhänge erkennen, und er muss auch mal das Große und Ganze im Auge haben. Dafür, dass das gelungen ist, sage ich: Chapeau! Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Es ist vorhin betont worden, wie wir mit den Megatrends und mit den Nachhaltigkeitskriterien gearbeitet haben. Ich will das nicht wiederholen. Dabei ist eine Systematik entstanden, innerhalb der wir uns vielen Themen gewidmet und auf diesen 450 Seiten 58 Handlungsempfehlungen formuliert haben. Man kann sie nicht alle aufzählen. Es wäre lohnend, über die Katalyse, über die Flow Chemistry zu sprechen, über Mikroreaktionstechnik, über die Industriepartnerschaften der Zukunft zwischen Energie und Chemie, die wir brauchen, aber auch zwischen Stahl und Chemie, mal ganz ausdrücklich betont.

Ich will zwei Dinge deutlich hervorheben. Wir haben uns der Frage gewidmet, wie man Stoffkreisläufe schließen kann und wie man die Instrumente findet, die zu den richtigen Bewertungen führen.

Wir haben deutlich gemacht: Man darf Verfahren und Prozesse in der chemischen Industrie nicht nur nach einem einmaligen Energieeinsatz und Ähnlichem bewerten, sondern man muss Life-Cycle-Analysen betrachten. Ein Stoff, der vielleicht nach erstem Anschein hochenergetisch gewonnen wird, aber nachher einen wertvollen Beitrag liefert, indem er zum Beispiel in der Gebäudedämmung eingesetzt wird, kann hochsinnvoll und sehr nachhaltig produziert sein. Es ist also wichtig, den gesamten Lebenszyklus eines Produktes im Auge zu haben und auf diese Weise eine Bewertung vorzunehmen.

Wir haben zudem gesagt: Man kann auch unter dem Stichwort „Cradle to Cradle“ – von der Wiege zur Wiege – einen Schritt weitergehen und haben betont: Wenn es uns gelingt, Produktionsdesign so zu entwerfen, dass die Produkte am Ende wiederverwertbar sind und in Stoffkreisläufe zurückgeführt werden, ist ein Stück Verschwendung erlaubt. Wenn Produkte so intelligent produziert werden, dass wir zum Beispiel aus einem Handy etwa die seltenen Erden wieder herausholen, ist das gerade in einer Welt mit erneuerbaren Energien eine Riesenchance für unseren Industriestandort, weil ganz viele Produkte wieder neu erfunden werden müssten – ein Riesenauftrag für die chemische Industrie, aber auch für Produktion in unserem Bereich. Chemikalienleasing und vieles andere kann an dieser Stelle wertvolle Beiträge liefern, um den Ansatz letztendlich voranzubringen und ihn zu bestärken.

Mein Vorredner hat auch betont, wir haben uns in der Tat auch mit der Rohstoffversorgung beschäftigt

und haben gesagt: Lasst uns mal anschauen, inwieweit wir uns an dieser Stelle breiter aufstellen können, auch in einer Welt, die unüberschaubarer wird und in der mit Rohstoffen erkennbar Politik gemacht und der Gashahn mal auf- und mal zuge-dreht wird.

Wir sind an dieser Stelle auch auf die Frage gekommen, ob man mit dem Bodenschatz Braunkohle, dem Kohlenstoffträger, den wir in unserem Bundesland haben, noch etwas Intelligenteres machen kann als nur Wasser zu erwärmen und eine Turbine anzutreiben. Wir haben das in dieser Kommission einvernehmlich mit Ja beantwortet. Wir haben gesagt, man kann diese Braunkohle für eine stoffliche Verwendung nutzen, in der der Kohlenstoff nicht in CO₂ umgesetzt wird, sondern in den Produkten gebunden wird.

Wir haben uns die Verfahren und die Bilanzen dazu sehr sorgfältig angeschaut. Dabei sind wir zu dem Ergebnis gekommen, dass man ganz viele Stoffströme erreichen kann. Man kann über Methanol und Olyfine zu Propylen und Ethylen, zur ganzen Kunststofffraktion kommen. Man kann Farbstoffe, Medikamente und Pflanzenschutzmittel daraus machen. Man kann aber auch zu Urea, Harnstoff, zu Stickstoffdünger und selbst zu Kosmetika kommen. Man hat eine ganz große Produktpalette.

Was man nicht machen darf, ist rückverstromen. Dadurch würde ein schrecklicher Effizienzverlust eintreten. Was früher einmal unter IGCC-Kraftwerken und Ähnlichem gedacht wurde, führt in die Irre. Man darf daraus auch keinen Treibstoff herstellen. Das haben wir in der Kommission deutlich betont. Mühsam aus Braunkohle ein Synthesegas herzustellen, um dieses zu verflüssigen und letztlich nur in einen Tank zu schütten und zu verbrennen, ist ökologischer Wahnsinn. Das haben wir in der Kommission deutlich gemacht.

Spannend wird es nur, wenn der Kohlenstoff wirklich in den Produkten gebunden wird. Dann ist es eine Alternative zu der jetzigen Verwendung und bringt einen nachhaltigen ökologischen Beitrag.

Ich weiß, viele haben sich darüber gewundert, warum auch die Kollegen der Piraten und der Grünen einen solchen Weg mit positiv bewertet haben. Ich will begründen, warum. Wir haben das nicht nur genau auseinanderdividiert und geschaut, wie es wirklich ist. Wir haben auch gesagt: Dieser technologische Pfad ist eine Chance für den zukünftigen Einsatz von anderen biogenen Stoffen.

Man kann solche Vergasungsprozesse eben nicht nur mit Braunkohle fahren, sondern irgendwann in einer Bioökonomie auch mit nachwachsenden Rohstoffen der dritten Generation und Ähnlichem. Lasst uns das machen; man kann es sogar beimischen. Wir haben uns durch Gutachten genau erkundigt. Wir sind auf Beimischungsgrade von bis zu 30 %

gekommen. Das sind Zukunftspfade, die man nutzen kann.

Für diejenigen, die ihren Chemieunterricht noch einmal auffrischen wollen: Es ist letztendlich eine Shift-Reaktion. – Kollege Hachen lächelt schon. Wenn wir irgendwann wirklich erneuerbare Energien im Überfluss haben, dann können wir diesen Umwandlungsprozess von Braunkohle in Synthesegas auch bestärken, indem wir überschüssigen Wasserstoff aus erneuerbaren Energien nutzen, um schneller zu einem günstigeren Kohlenstoff-Wasserstoff-Verhältnis zu kommen. Auf diese Weise erreichen wir hochwertige Produkte der chemischen Industrie. Ich glaube, diese Anstrengungen lohnen.

Meine Damen und Herren, wir haben klargemacht, es ist letztendlich gerade für unsere Region – wir haben gestern diskutiert, dass die Verstromung von Braunkohle immer weiter abnimmt – die Chance, eine Alternative aufzutun und in Kohlenstoffprodukten eine alternative Nutzung von Braunkohle aus diesen Tagebauen zu finden.

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD])

Wir haben uns natürlich angeschaut, ob es passt und ob es von den Mengen her passt. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, selbst mit 10 % der Förderleistung im Rheinischen Revier können wir Produkte erreichen, die bedeutende Weltmarktanteile erzielen. Ich denke, das ist eine lohnende Geschichte, die man sich näher anschauen muss.

Die letztendlich entscheidende Frage wird sein, wie sich das in Geld darstellt, ob man so etwas bezahlen kann. Diese Frage stellt sich jeder auch hier im Kopf. In China hat man gesagt: Wir wollen uns in der Versorgung der chemischen Industrie vom Rohöl unabhängig machen. Dort wird Steinkohle verwendet, die zum Teil unter sehr fragwürdigen Bedingungen gewonnen wird. Sie machen das dort zu einem Steinkohlepreis von 50 € pro Tonne und sind damit wettbewerbsfähig.

Wenn man es mit Braunkohle machen möchte, muss man bedenken: Braunkohle wird im Rheinischen Revier für 10 bis 20 € je Tonne gefördert. Braunkohle ist keine Steinkohle. Man muss es umrechnen, um auf Steinkohleeinheiten zu kommen. Das Wasser muss herausgeholt und der Kohlenstoffgehalt muss beachtet werden. Aber ist der Faktor zwei. Wir würden also bei 20 bis 40 € je Tonne landen und damit mit dem chinesischen Wettbewerber auf Augenhöhe sein. Deswegen haben wir gesagt: Lasst es uns untersuchen und in die Diskussion einbringen.

Meine Damen und Herren, gerade in einer Zeit, in der neben ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit auch die gesellschaftliche Akzeptanz zum Schlüssel von Industrieentwicklungen wird, wird deutlich, dass es ohne Politik nicht geht. Gerade die chemische Industrie hat uns mehrfach mit auf den Weg ge-

ben, dass sich die Politik nicht heraushalten, sondern sich einmischen soll. Nur so können wir die Grundlagen dafür schaffen, dass es weiterhin Produktionsstandorte gibt.

Auch die Mitbestimmung spielt eine entscheidende Rolle. Sie ist kein Nachteil, sondern ein Garant für erfolgreiche Industriepolitik. Wir haben mehrfach erfahren, wie die Menschen aus den Betrieben manchmal noch besser Bescheid wussten als die Standortleiter. Sie wussten nicht nur, wie der Wettbewerb aussieht. Sie wussten auch im eigenen Konzern, wie sie diesen Standort weiterentwickeln mussten, damit sich der Konzern intern gut aufstellen konnte.

Es war richtig, dass wir uns mit dieser Enquete-Kommission eingemischt haben und diesen Weg gegangen sind. Gute Industriepolitik benötigt Verlässlichkeit. Dieser Enquetebericht kann eine Basis sein. Ich hoffe, diejenigen, die daran mitgewirkt haben, sind alle weiterhin Botschafter in diesem Sinne.

Herr Präsident, für die SPD-Fraktion kann ich Ihnen mitteilen, es hat sich gelohnt. Wir hoffen sehr, dass viele dieser 58 Handlungsempfehlungen zur Umsetzung kommen. Wir wollen kräftig daran arbeiten. Ich hoffe, Sie finden im Parlament alle die Müße, sich damit auseinanderzusetzen und mit uns gemeinsam weiter daran zu arbeiten. – Ich bedanke mich ganz herzlich mit einem: Glück auf!

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg, für diesen Beitrag. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Matthias Kerkhoff.

Matthias Kerkhoff (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Von den Beteiligten sind schon viele positive Worte gefallen. Noch schöner ist es natürlich, wenn man auch von außerhalb dieses Landtags eine solche Reaktion bekommt, nämlich vom Leiter eines großen Chemparks, der sagt: Wir haben die Arbeit der Enquetekommission Chemie als sehr vertrauensbildend wahrgenommen.

Was zeigt das? Es zeigt, dass die Arbeit unserer Kommission von der Branche mit Aufmerksamkeit verfolgt wurde und ihre Ergebnisse auf Interesse stoßen. Ich sage, wenn dies das einzige Ergebnis gewesen wäre, hätte es sich schon fast gelohnt; denn es zeigt: Die Chemie in Nordrhein-Westfalen ist nicht Teil eines Problems, sondern Teil vieler Lösungen für regionale und globale Herausforderungen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir haben aber weit mehr erreicht. Deshalb möchte ich für meine Fraktion, die CDU, feststellen, dass wir zufrieden sind, einen solchen gemeinsamen Abschlussbericht vorgelegt zu haben. Damit hatten ich

und viele andere zu Beginn unserer Arbeit auch nicht unbedingt gerechnet.

Lassen Sie mich kurz einen Blick auf die Bedeutung der Chemie für NRW werfen. Weltweit befinden wir uns auf Platz 12 der Chemieländer. Über 100.000 Beschäftigte finden in der Chemie eine gut bezahlte und sichere Beschäftigung. Wir haben es mit einem wahren Kernbereich der Industrie in Nordrhein-Westfalen zu tun. Deshalb hat unsere Fraktion von Anfang an gesagt: Wir wollen – gemeinsam mit der Branche, also den Vertretern der Unternehmen, der Beschäftigten und der Verbände – einen realistischen Blick auf die chemische Industrie werfen.

Weiter haben wir gesagt: Es kann nur um Verfahren und Produkte gehen, die wettbewerbsfähig sind und dazu beitragen, die einzigartige Verbundstruktur zu stärken. Es darf zu keinem politisch motivierten Umkrempeln einer Branche kommen. Es geht um Weiterentwicklung, Potenziale und Chancen. Es geht um die richtige Balance zwischen Ökonomie, Ökologie und sozialen Aspekten. Außerdem geht es darum, die Chemie als Basis vieler Wertschöpfungsketten zu sichern und zu stärken.

An dieser Stelle – dieser Punkt wird ja normalerweise am Ende einer solchen Debatte erwähnt; das ist aber auch schon eben angeklungen – geht mein Dank an die Sachverständigen aller Fraktionen. Sie haben in dieser Enquetekommission eine besondere und besonders gute Rolle gespielt. Es ist gelungen, vieles sachlich und fachlich auszudiskutieren. Das tat, glaube ich, allen sehr gut. Alle Sachverständigen besitzen tiefe Kenntnisse der Chemie und der chemischen Industrie in NRW. Deshalb war es gut, an manchen Stellen gemeinsam festzustellen, dass sich die Gesetze der Chemie bzw. der Naturwissenschaften auch nicht durch den Landesgesetzgeber ändern lassen.

Im Ergebnis legen wir nun – auch das ist heute schon häufig gesagt worden – diese rund 450 Seiten Abschlussbericht mit 58 Handlungsempfehlungen vor. Ich gehe davon aus, dass natürlich alle Kolleginnen und Kollegen – nicht nur diejenigen, die dieser Debatte folgen, sondern alle, die diesem Haus angehören – das Ganze auch noch lesen werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einige Anmerkungen zu einzelnen Kapiteln machen. Auch in Zukunft wird die Rohstoffbasis der Chemie erdöldominiert sein, aber alternative Rohstoffe werden an Bedeutung zunehmen. Das gilt für Erdgas, Kohle, nachwachsende Rohstoffe und Agrarbiomasse, aber auch für CO₂ – auch wenn Forschung und Anwendung hier noch am Anfang stehen. Es ist aber eben auch Aufgabe von Enquetekommissionen, Dinge mitzudenken, die morgen noch nicht marktreif sind. Eine stärkere Diversifizierung der Rohstoffbasis benötigt dann auch Vorarbeiten im Bereich von Forschung und Entwicklung.

Die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen bietet ihren Kunden ein breites Angebot an verschiedenen Werkstoffen. Die Anwendungsanforderungen bestimmen die Werkstoffauswahl. Es ist aber richtig, schon beim Design daran zu denken, was nach dem Ende der Nutzung mit dem Werkstoff geschieht und ob ein Recycling möglich ist – Ressourcenschonung, das Schließen von Stoffkreisläufen und ein Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem gesamten Lebenszyklus eines Produktes.

Als heimische Kohlenstoffquelle kann die Braunkohle bei der stofflichen Nutzung eine wichtige Rolle spielen, wenn die Verfahren, die es gibt, weiterentwickelt werden. Dazu soll nach unserer Vorstellung für dieses Themengebiet ein Lehrstuhl für Verfahrenstechnik eingerichtet werden. Es wird dann um die Nutzung von Synthesegasen aus Braunkohle, Biomasse oder Abfällen gehen. Insgesamt kann man feststellen, dass den Verfahren eine zentrale Bedeutung hinsichtlich des effizienten Umgangs mit Ressourcen, aber auch hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit der chemischen Industrie zukommt.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist Energieland Nummer eins. Deshalb sind wir bei Veränderungen in der Energiepolitik immer auch Hauptbetroffener. Wir erleben dies gerade in den Diskussionen über die Vorschläge von Wirtschaftsminister Gabriel, die ja gestern hier auch eine Rolle gespielt haben. Gerade Nordrhein-Westfalen steht hier aufgrund des Kohleabbaus im Rheinischen Revier – das betrifft viele Kohlekraftwerke – im Fokus. Ich meine aber auch, dass unser Land einen weiteren Beitrag zum Gelingen der Energiewende und unserer internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz leisten kann und sollte. Als technikaffines Land und forschungsstarker Standort müssen wir weiterdenken.

Elektrochemische Prozesse können zur direkten Umwandlung von elektrischer Energie in chemische Produkte genutzt werden. Durch elektrochemische Verfahren lassen sich vielfältige Produkte insbesondere der Feinchemie erschließen. Aktuell sind hohe Energiekosten eine Hürde für den Einsatz dieser Technologie. Die Chloralkalie-Elektrolyse ist das bedeutendste elektrochemische Verfahren und könnte einen Beitrag zum Demand-Side-Management leisten, wenn die regulatorischen Voraussetzungen stimmen.

Der Bedarf an Energiespeichern – seien es Batterien, Wärmespeicher oder chemische Energieträger – wird mit Umsetzung der Energiewende zunehmen. Dies gilt in besonderem Maße für effiziente Langzeitspeicher zum Ausgleich des volatilen Stroms aus erneuerbaren Energien. Für Wärme- und Batteriespeicher bietet die chemische Industrie Potenzial.

Die Power-to-Gas- bzw. Power-to-Chemicals-Konzepte sind essenziell für die Bereitstellung von

Langzeitspeichern vorgesehen, die wir im Zuge des vermehrten Umstiegs auf erneuerbare Energien brauchen. Durch den flexiblen Einsatz dieser Produkte zur Strom- und Wärmeerzeugung, zur Herstellung von Chemikalien und Kraftstoffen sowie für deren direkten Einsatz zu Mobilitätszwecken ist eine Kopplung der unterschiedlichen Energiesektoren möglich. Voraussetzung ist allerdings, dass die Wettbewerbsfähigkeit durch kostengünstigen Strom aus erneuerbaren Energien und eine Weiterentwicklung anderer Teiltechnologien sowie deren Systemintegration sichergestellt ist. Dies kommt auch in einem Gutachten für diese Enquetekommission zum Ausdruck.

Deshalb gehört zu unseren Handlungsempfehlungen in diesem Bereich die Sicherung wettbewerbsfähiger Energiepreise bei der Umsetzung der Energiewende. Es ist ein Auftrag an alle Akteure der Landespolitik, dazu beizutragen, weil die Frage der Energiekosten gerade in der chemischen Industrie von großer Bedeutung ist. Die chemische Industrie schultert fast ein Fünftel der Energiekosten des verarbeitenden Gewerbes. Weiterhin gehört aber auch die Abschätzung der Mengen an Überschussstrom und deren Anfallprofil als Grundlage für die Entwicklung künftiger chemierelevanter Potenziale dazu.

Wir möchten den Einsatz der Landespolitik für ein Strommarktdesign als ordnungspolitischen Rahmen, damit die vorhandenen industriellen Flexibilisierungsmöglichkeiten diskriminierungsfrei genutzt werden können.

Dazu muss das vorhandene DSM-Potenzial erfasst werden. Unternehmen müssen hinsichtlich der Nutzung dieses Potenzials beraten werden.

Auch die Weiterentwicklung von Energie und Speichertechnologien wird in unseren Handlungsempfehlungen gefordert ebenso die Verstärkung der wissenschaftlichen Ressourcen zur Erforschung chemischer Energiespeicher und zur Weiterentwicklung der eben angesprochenen Power-to-Gas-Technologien, die Ermittlung geeigneter Abwärmepotenziale in räumlicher Nähe zur chemischen Industrie und die Entwicklung von Geschäftsmodellen zu deren Nutzung ebenso die Erprobung von Nutzungsphasen verschiedener Energiespeicher und der flexiblen Fahrweise elektrochemischer Prozesse.

Meine Damen und Herren, Produkte der chemischen Industrie kann man fast überall auf der Welt herstellen, in vielen Ländern mit geringeren Energie- und Arbeitskosten, mit einfacher zu beziehenden Rohstoffen und mit weniger Regulierungen in vielen anderen Bereichen. Unseren Standort zeichnet seine Fähigkeit zu Innovationen aus. Das Zusammenspiel aus Forschung und Entwicklung sowie Produktionen bedingen einander.

Aus dieser Verzahnung resultiert die Innovationsfähigkeit. Demonstrationsanlagen ermöglichen den

Nachweis einer technologischen und wirtschaftlichen Machbarkeit und tragen zu einem erfolgreichen Transfer von Ideen zur Marktreife bei und sorgen bei Erfolg für einen Technologievorsprung.

Neben universitären und institutionellen Forschungseinrichtungen bietet eine Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette und den Netzwerken über Sektoren hinaus große Potenziale. Künftig wird der Bedarf an einer stärkeren Vernetzung auch mit anderen Industriezweigen – Stahl ist eben genannt worden – tendenziell zunehmen. Die Komplexität erhöht sich, die Entwicklungszeit von Produkten bis Markteintritt kann 20 bis 30 Jahre betragen. Und zukunftsweisende Technologien müssen in den Fokus aller Anstrengungen.

Daher haben wir uns auf Handlungsempfehlungen verständigt, die diese Herausforderungen abbilden: die Fortsetzung des Dialogs unter dem Dach des NRW-Clusters Chemie zwischen Politik, Industrie und Wissenschaft, die Stärkung der Landescluster und der Zusammenarbeit branchenübergreifend, die Identifikation von Entwicklungsfeldern mit besonderer Bedeutung für NRW, das Erreichen von Exzellenz durch Fokussierung auf eine übersichtliche Zahl an Technologien, die Ausrichtung und Entbürokratisierung der Förderwettbewerbe und den Dauerbrenner, die steuerliche Forschungsförderung.

Neben der Innovationsfähigkeit zählt auch das Thema der Industrieakzeptanz zu den Querschnittsthemen. Nordrhein-Westfalen braucht eine starke Industrie, und die Industrie braucht Akzeptanz und Unterstützer. Deshalb sind Information und der Dialog wichtige Elemente. Ein Baustein soll hier die Errichtung einer Parlamentariergruppe sein, die dieses Thema aufgreifen soll. Aber auch in die Gesellschaft hinein muss sachlich und verständlich um Akzeptanz für Industrie geworben werden.

Auch den gesellschaftlichen Herausforderungen des demografischen Wandels muss sich die chemische Industrie in diesem Lande stellen. Der Fachkräftebedarf bleibt hoch, und die Themen Qualifizierung und Nachwuchswerbung gewinnen zunehmend an Bedeutung. Die Fragen, wie man mit einer älter werdenden Belegschaft innovativ bleiben kann und wie es gelingt, gerade junge Menschen für eine Ausbildung oder ein Studium im Bereich der MINT-Fächer zu begeistern, können von dieser Enquete-Kommission nicht abschließend beantwortet werden. Wir weisen aber auf die Bedeutung hin und geben hier Anregungen.

Meine Damen und Herren; ein gemeinsamer Abschlussbericht ist kein Ende der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition über Wirtschaftspolitik, über Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen. Der Regierungsalltag dieser Landesregierung wird zeigen, inwieweit sie sich tatsächlich den gemeinsamen Ergebnissen dieser Enquete-Kommission verpflichtet fühlt.

Kernproblem bleibt die Wachstumsschwäche dieses Landes im Vergleich mit anderen Bundesländern. Dennoch ist ein gemeinsamer Abschlussbericht ein gutes Signal für die Chemie in Nordrhein-Westfalen und für den Wirtschaftsstandort.

Ich danke für die CDU-Landtagsfraktion allen, die an diesem Prozess beteiligt waren, den Sachverständigen und Referenten der Fraktionen. Ich nenne exemplarisch für unsere Fraktion Prof. Dröscher und Evelyn Hepp, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung, den Gutachtern und Experten aus den Hearings, aber auch dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter für die eben schon erwähnten Moderationskünste.

Die Arbeit in den vergangenen zwei Jahren hat mir große Freude gemacht. Und wenn es einen kleinen Beitrag für mehr Akzeptanz von Industrie und Chemie hier in diesem Land gebracht hat, dann, glaube ich, hat sich die Arbeit gelohnt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Brockes.

Dietmar Brockes¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich in die Enquetekommission zur Zukunft der Chemie in Nordrhein-Westfalen gegangen bin, war ich von etwas Sorge getrieben, der Sorge, dass die Politik jetzt sozusagen hingehen möchte und der Chemieindustrie in unserem Land vorschreibt, was sie zu tun oder zu lassen hat, was gute Chemie oder gar schlechte Chemie ist. Das, meine Damen und Herren, ist Gott sei Dank so nicht eingetreten.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ja!)

Das ist deshalb auch Gott sei Dank so nicht eingetreten, weil ich glaube, dass alle in der Enquetekommission so wie ich praktisch von einem doppelten positiven Weltbild getrieben waren. Als Liberaler und Rheinländer geht man eben sehr positiv an die Sachen heran

(Beifall von der FDP)

und sieht eben nicht die Risiken im Vordergrund, sondern gerade die Chancen. Deshalb möchte ich mich auch ganz herzlich bedanken, denn ich glaube, dass in dieser Enquetekommission zur Zukunft der Chemie gerade auch die Möglichmacher aus den Fraktionen an einem Tisch gesessen haben und eben nicht die Verweigerer.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es auch zu dem Ergebnis gekommen, dass wir heute hier einen gemeinsamen Bericht haben. Denn das ist nun wahrlich nicht immer so der Fall. Kollege Priggen sitzt drüben bei den Grünen in den Reihen. Wir haben schon einmal gemeinsam in einer Enquete-

kommission gearbeitet. Da ist es eben leider nicht zu einem gemeinsamen Votum am Ende gekommen.

Meine Damen und Herren, auch deshalb möchte ich mich in der Kürze auch recht herzlich beim Vorsitzenden bedanken, der eine sehr wichtige Rolle in der Enquete innehatte, diese auch wahrgenommen hat und dafür gesorgt hat, dass wir zu diesem Ergebnis gekommen sind.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Ich möchte mich recht herzlich bei den Referentinnen und Referenten bedanken, die viele der Probleme, die es natürlich bei einer solchen Arbeit gibt, bei der unterschiedliche Interessen zusammenkommen, schon im Vorfeld haben ausräumen können, ja, die teilweise sehr hart haben streiten müssen. Ich glaube, der Streit hat sich gelohnt.

Auch bei den Sachverständigen möchte mich ganz herzlich bedanken. Wir hatten eine sehr schöne Mischung von Vertretern aus dem Verband, von den Unternehmen, von den Gewerkschaften, aus der Wissenschaft. Letzten Endes haben diese Sachverständigen ihren Sachverstand dort eingebracht und auch dafür gesorgt, dass wir eine fachlich fundierte Diskussionsgrundlage hatten, bei der das Fachliche und weniger das politisch Wünschenswerte im Vordergrund stand. Deshalb war dies die Grundlage für diesen gemeinsamen Bericht.

Ebenso herzlich möchte ich mich natürlich auch bei allen Angehörigen der Verwaltung bedanken, die dazu beigetragen haben, dass wir unsere Arbeit vernünftig durchführen konnten.

Meine Damen und Herren, der Satz ist schon mehrfach gefallen, aber sehen Sie es mir bitte nach: Als fünfter Redner wiederholt man das eine oder andere. – Ich glaube, einer der Grundpfeiler in dieser Enquetekommission ist gewesen, dass wir gemeinsam erkannt haben, dass die Chemieindustrie nicht als Problem zu sehen ist, sondern die Chemie Problemlöser für viele gesellschaftliche Probleme ist.

Einer der wichtigsten Ansätze war: Wir alle hatten Akzeptanz für die Chemie, für den Chemiestandort Nordrhein-Westfalen. Wir müssen nun meines Erachtens über den Bericht hinaus diese Akzeptanz in unsere Gesellschaft hineinragen.

(Beifall von der FDP und Guido van den Berg [SPD])

Deshalb ist für mich einer der wesentlichen Sätze in diesem Bericht aus den Handlungsempfehlungen folgender – ich zitiere –:

„Die Umsetzung neuer Technologien in innovative Prozesse und Produkte sowie der Erhalt des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen hängen letztlich von deren Akzeptanz in der Gesellschaft ab. Chancen und Risiken müssen daher erge-

nisoffen und wissenschaftsbasiert anhand von Nachhaltigkeitskriterien abgewogen werden.“

Das ist ein ganz wichtiger Punkt, und wir sollten gemeinsam daran arbeiten, dies entsprechend in unsere Gesellschaft, in das Land hineinzutragen.

(Beifall von der FDP und Guido van den Berg [SPD])

Meine Damen und Herren, der Enquetebericht ist natürlich, wenn man versucht, ihn gemeinsam zu beschließen, von sehr viel Diplomatie und von diplomatischen Formulierungen geprägt, damit man letzten Endes alle unter einem Dach finden kann. Deshalb gestatten Sie es mir, dass ich aus Sicht der FDP-Fraktion einige der Punkte, die in dem Bericht stehen, aufführe und so auslege, wie wir sie verstehen.

Für uns war es zum Beispiel wichtig, deutlich zu machen, dass wir einen freien Zugang zu den Rohstoffen weltweit wollen und dies enorm wichtig für uns ist. Das bedeutet: Exportbeschränkungen, Zölle etc. schaden dem Industrie-, schaden dem Chemiestandort Nordrhein-Westfalen. Daraus kann man sehr klar ableiten, dass wir Handelsvereinbarungen wie TTIP, Ceta und TiSA etc. benötigen. Diese sind wichtig für unseren Standort.

(Zuruf von Stefan Engstfeld [GRÜNE])

Ebenso haben wir deutlich gemacht, dass wir eine nachhaltige Nutzung aller heimischen Rohstoffquellen wollen. Das steht in der ersten Handlungsempfehlung. Auch wenn die Nutzung einiger Rohstoffquellen vielleicht im Moment noch kritisch ist, so haben wir in den Bericht doch als Handlungsempfehlung hineingeschrieben, dass wir zumindest wollen, dass jetzt schon einmal die Potenziale, die – gerade bei den Gasreserven – vorhanden sind, abgeschätzt werden.

Wir haben auch gesagt, dass wir CO₂ als Rohstoff einstufen. Wenn man dies tut, dann muss man sich natürlich überlegen, wie man ihn nutzbar macht oder ihn, bis man ihn nutzen kann, speichert. Auch hier müssen wir schauen, welche Möglichkeiten es gibt.

Wir haben klar Ja zur Biotechnologie gesagt. Der Umweltminister ist jetzt leider nicht mehr hier. Ich hätte es ihm gern noch einmal mitgeteilt, wenn gleich sein Ministerium in der Enquetekommission meistens präsent war. Von daher hoffe ich, dass auch die Handlungsempfehlung 20 vom Ministerium möglichst bald so gesehen wird.

Zur stofflichen Nutzung der Braunkohle hat Herr Kollege van den Berg schon einiges vorgetragen. – Wir müssen aber auch festhalten, dass die Leitentscheidung zu Garzweiler oder gar die neue Klimaabgabe von Herrn Gabriel, wenn beides eins zu eins umgesetzt wird, dazu führen werden, dass wir keine Braunkohle mehr für energetische Nutzung gewinnen werden und – das ist im Enquetebe-

richt auch deutlich geworden – dass niemand rein für die stoffliche Nutzung eine entsprechende Gewinnung in Erwägung ziehen wird, denn das ist nicht wirtschaftlich; die stoffliche Nutzung funktioniert wirtschaftlich nur als Add-on. Deshalb müssen wir an dieser Stelle sehr vorsichtig sein.

Meine Damen und Herren, die Energiewende gelingt nur mit wettbewerblichen Energiepreisen. Auch das haben wir festgehalten. Deshalb sind zusätzliche Belastungen, wie wir sie derzeit durch EEG, Strompreis etc. haben, schädlich für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Eine funktionierende Infrastruktur ist ebenso enorm wichtig für den Chemiestandort. Darunter verstehen wir nicht nur, aber auch, dass die Verkehrswege funktionieren und eine desolante Rheinbrücke natürlich eine Katastrophe für den Chemiestandort ist. Doch auch andere Punkte wie zum Beispiel der Pipelinebau und anderes müssen in unserem Land vorangebracht werden; sie sind wichtig für den Standort.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ein Letztes, das besonders wichtig ist: Wir brauchen eine bessere Vernetzung der Akteure in Forschung und Wirtschaft. Wir brauchen eine viel stärkere Zusammenarbeit. Denn daraus entstehen die Innovationen in unserem Land. Gerade die durch das neue Hochschulzukunftsgesetz hineingebrachten Formulierungen, die für neue Bürokratie sorgen, sind sehr schädlich für diese Zusammenarbeit.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schmeltzer zulassen?

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Ja, sehr gern.

Rainer Schmeltzer^{*)} (SPD): Es hätte mich auch gewundert, Herr Brockes, wenn Sie die Frage von mir nicht zugelassen hätten. – Ich habe Ihren Ausführungen sehr angestrengt gelauscht und auch Ihren Bezügen auf die Inhalte des Enqueteberichts. Könnten Sie mir bitte einmal die Frage beantworten, wo in dem Enquetebericht Bezug genommen wird auf die Energiewende und gesagt wird, dass diese nur mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen funktioniert?

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Das ist in der Handlungsempfehlung 27 enthalten, Herr Kollege Schmeltzer. Dort haben wir explizit aufgeführt, dass

wir wettbewerbsfähige Energiepreise benötigen. Deshalb ist das so wichtig.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Für die Chemie, Herr Kollege Brockes! Nicht in Bezug auf die Energiewirtschaft!)

– Ja, das ist für die Chemie. Das steht in dem Bericht. Lesen Sie ihn! Sie waren ja leider nicht mit in der Enquete. Aber das hätte vermutlich auch das Ergebnis etwas negativ beeinflusst.

(Beifall von der FDP)

Gerade der Punkt, Herr Kollege Schmeltzer, ist besonders wichtig. Denn das EEG belastet nicht nur den Strom, sondern es verhindert im Moment auch, dass wir neue innovative Lösungen gerade für die Nutzung des volatilen Stroms aus den Erneuerbaren finden. Deshalb: Hier brauchen wir andere Handlungsvorgaben, damit gerade auch hier Lösungen attraktiv werden und im Wettbewerb entstehen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich danke allen, die daran mitgewirkt haben. Ich meine, wir haben eine sehr gute Grundlage geschaffen, um die Diskussion über unseren Industrie- und Chemiestandort weiter voranzubringen – im Interesse aller: der Unternehmen, der Beschäftigten und unseres Landes. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Dr. Beisheim.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Herrn Kollegen Schmeltzer für die Fragestellung.

Ich möchte noch auf eines hinweisen – der Herr Vorsitzende hat das ja auch in seinem Vortrag zuvor erwähnt –: Wir waren weder eine Energieenquete noch eine Enquete, die sich speziell mit Freihandelsabkommen beschäftigt hat. Darauf möchte ich meine Antwort auf das, was Kollege Brockes vorhin vorgetragen hat, beschränken.

Wichtig für mich ist, darauf hinzuweisen, dass die chemische Industrie sich schon immer durch eine große Anpassungsfähigkeit an neue Rahmenbedingungen ausgezeichnet hat. Dazu gehört auch, dass Fehlentwicklungen in der Vergangenheit – wenn auch nicht immer ganz freiwillig – korrigiert worden sind.

Doch jede industrielle Aktivität beeinflusst die Umwelt und führt zu ökologischen Belastungen. Deswegen haben wir in diesem Bericht auch darauf hingewiesen, dass es politische Aufgabe bleibt,

Umweltbelastungen und soziale Verwerfungen, die durch industrielle Produktion entstehen, abzufedern und entsprechende Rahmensetzungen zu gestalten.

Wir waren das Land von Kohle und Stahl. Ja. Und wir wissen: 2018 wird Steinkohle Geschichte sein. Erlauben Sie mir den kleinen Ausflug. Deshalb muss es unsere Aufgabe sein, uns für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Stahl- und Metallindustrie einzusetzen.

Aber eines ist auch klar – das ist auch ein wichtiges Ergebnis dieses vorliegenden Berichts –: Die Bedeutung der chemischen Industrie für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen wird weiter zunehmen. Deshalb gilt es, die Schlüsselrolle der chemischen Industrie, die sie als Ermöglichungsindustrie in fast allen Wertschöpfungsketten einnimmt, durch eine nachhaltige Entwicklung abzusichern. Dazu müssen die Herausforderungen, die aus dem Klimawandel, der Endlichkeit der Ressourcen und der Notwendigkeit einer Energiewende hin zu erneuerbaren Energien resultieren, gemeistert werden.

Wir haben letzten Endes herausgefunden, dass im Untersuchungszeitraum, der sich auf 15 bis 30 Jahre erstreckte – es gibt auch keine anderen Hinweise aus Studien –, Öl der wichtigste Rohstoff bleiben wird. Diese Entwicklung ist eng verzahnt mit den Veränderungen im Mobilitätssektor, da als Einsatzstoff nicht Rohöl eingesetzt wird, sondern ein Reststoff aus der Herstellung von mineralöhlhaltigen Kraftstoffen, das sogenannte Naphta.

Auch schon jetzt sehen wir eine Diversifizierung der Rohstoffbasis hin zu alternativen Rohstoffquellen. Wir haben es ja bereits gehört. Ja, auch alternative fossile Rohstoffe wie Braunkohle wurden als theoretische Möglichkeit diskutiert. Aber mit einem Anteil von kleiner 2 % an der Rohstoffversorgung der chemischen Industrie hat Braunkohle eine untergeordnete Bedeutung für die Rohstoffversorgung.

Der Bericht benennt klar die hohen ökologischen und ökonomischen Hürden der stofflichen Braunkohlenutzung. Diese passen nicht in die Investitions- und Nachhaltigkeitsprogramme moderner Industrieunternehmen. Ich sehe da keine Lösung. Die Braunkohle bleibt – ob zur Stromgewinnung oder zur stofflichen Nutzung – klimaschädlich.

Deshalb: Die Bedeutung der Braunkohle für die Stromerzeugung muss und wird mit dem Ausbau der Erneuerbaren-Energie-Quellen zunehmend geringer werden.

Auch aus diesem Grund haben SPD und Grüne bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, dass es in Nordrhein-Westfalen keine weitere Erschließung neuer Tagebaue geben wird.

Zusätzlich wird eine Leitentscheidung – daran möchte ich auch an dieser Stelle erinnern – der

Landesregierung eine Verkleinerung der bereits genehmigten Abbaufelder nach sich ziehen.

Als weitere fossile Quelle wurde Erdgas diskutiert. Sicherlich: Es ist zu beachten, dass die USA mit ihrer Strategie zur Nutzung von Schiefergas zu einem weltweiten Verfall der Preise für Öl und Gas beigetragen haben. Doch wir wissen, dass die Schäden an Natur und Umwelt, insbesondere die Verschmutzung von Wasser und Boden, nicht eingepreist sind. Insgesamt sind die Gefahren für diese Naturgüter durch die Förderung von Schiefergas mittels Fracking nicht kalkulierbar. Die Landesregierung und die Regierungsfractionen lehnen deshalb Fracking ab.

Ich darf noch einmal hinweisen auch auf die Umweltministerkonferenz der Länder, die sich ebenfalls bereits mit großer Mehrheit gegen Fracking ausgesprochen hat.

Demgegenüber haben wir in dem Bericht auch festgestellt: Es gibt einen Trend zur stärkeren Nutzung nachwachsender Rohstoffe in der chemischen Industrie. Dieser Rohstoffwandel hin zu erneuerbaren Kohlenstoffquellen, insbesondere Biomasse, erfordert eine Anpassung der Verfahren, der Methoden und wird die Entwicklung neuer Produkte zur Folge haben.

Daher wird es für uns, den sich in einem zunehmenden internationalen Wettbewerb befindenden Chemiestandort Nordrhein-Westfalen, von großer Bedeutung sein, wirtschaftliche Produktionsverfahren zu entwickeln und im Wettbewerb um neueste Technologien die Technologieführerschaft zu verteidigen bzw. auszubauen.

Die fraglichen Technologien müssen in der Lage sein, mit neuen Rohstoffkombinationen umzugehen, und gleichzeitig der Ressourcenverknappung durch eine zunehmende Effizienzsteigerung entgegenwirken.

Der vorliegende Bericht zeigt auch Möglichkeiten auf, wie die chemische Industrie verstärkt Teil der Energiewende werden kann. Darauf haben einige Kollegen bereits detailliert hingewiesen.

Wir werden also zukünftig insgesamt anders wirtschaften. „Anders“ bezieht sich dabei auf alle Bereiche – vom Rohstoff über die Verfahren bis hin zu Werkstoffen, deren Zusammensetzung schon beim Design die Rückführung der Produkte in einer an Bedeutung zunehmenden Kreislaufwirtschaft berücksichtigt.

Letztlich ist klar geworden, dass vieles zwar technisch bereits möglich ist, aber für eine wirklich nachhaltige Klima- und Ressourcenwende wichtige Bausteine fehlen. Ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal daran erinnern, dass zuvor, als wir uns auf den Weg gemacht haben, gerade diese Lösung als eine Art Science-Fiction oder als zu sehr zukunftsorientierte Lösung angesehen worden ist.

Aufgrund der Erarbeitung dieser Fragen und der Diskussion mit den Sachverständigen sowie des Gutachtens, das es dazu gab, kann man aber sagen, dass sich Möglichkeiten mit Blick auf alternative Rohstoffquellen wie CO₂ und andere Gase eröffnen; denn wir werden es schaffen, den wichtigsten Baustein, nämlich Wasserstoff, sonnenlichtgetrieben herzustellen.

In diesem Zusammenhang bin ich auch sehr stolz auf das Land Nordrhein-Westfalen; denn wir haben mit dem Max-Planck-Institut in Mülheim – das wissen sicherlich auch einige von Ihnen, die nicht Teil der Kommission waren – ein Institut, das sich aufgemacht hat, um diese Herausforderung zu meistern. Damit kann Nordrhein-Westfalen langfristig zum Zentrum einer Chemie werden, die nach dem Prinzip „von der Natur lernen“ arbeitet.

Auch ich möchte mich zum Schluss bei allen bedanken, die sich auf den Weg gemacht haben, die komplexen Fragestellungen zu lösen, vor allem bei den Sachverständigen; denn sie haben durch Engagement, unermüdlichen Einsatz und ihre Freude, uns Dinge beizubringen, die für uns, auch für mich als Chemikerin, neu waren, dazu beigetragen, dass die Enquetekommission mit einem so guten, erfolgreichen Bericht zu Ende gegangen ist. Wir haben in diesem Bericht wichtige Themenfelder initiiert und Lösungsansätze skizziert, wie wir eine tatsächliche Wende schaffen können, nämlich eine nachhaltige Klima- und Ressourcenwende mit der Chemie als Teil der Lösung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herzlichen Dank, Frau Dr. Beisheim. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Abgeordnete Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Ich möchte mit einigen persönlichen Bemerkungen beginnen. Für mich ist das die erste Enquetekommission, und ich kam erst auf den letzten Metern dazu. Mir war aber bekannt, dass diese Enquetekommission von Anfang an ungewöhnlich konzipiert war – mit dem Anspruch, konsensual-wissenschaftlich und nicht streitlustig-parteilich zu arbeiten. Ein gemeinsames Votum ohne Minderheits- und Mehrheitsvoten war das Ziel. Es ist gelungen, dies von Anfang bis Ende durchzuhalten, was auf Bundes- wie Länderebene ganz ungewöhnlich ist. Ich finde das beachtlich und möchte mich ausdrücklich bei allen Beteiligten dafür bedanken.

Ich selbst bin dankbar dafür, dass ich, wenn auch nur für kurze Zeit, ein kleines bisschen dazu beitragen durfte. Den Hauptteil für unsere Fraktion leistete Kai Schmalenbach, der dann erkrankte und dem

ich auch von hier aus im Namen aller die besten Genesungswünsche übermitteln möchte.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich fahre nun mit einem Zitat fort:

„Nachhaltigkeit muß zur Chefsache werden und im Mittelpunkt der Bemühungen des Staates stehen. Eine ökologische Finanzreform muß ebenso angegangen werden wie die Förderung sozialverträglicher Innovationen. Neben der Nabelschau ist aber auch der Blick auf das globale Geschehen wichtig. Von einer Weltumweltorganisation, ausgestattet mit der notwendigen Kompetenz, könnten hier entscheidende Impulse erwartet werden.“

Letztlich muß das Thema Nachhaltigkeit in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft weit oben auf die Agenda gesetzt werden, damit der Prozeß der Globalisierung mehr Chancen als Risiken bietet. Auch wenn wir nur eine ungenaue Vorstellung davon haben, wie das Ziel „nachhaltige Gesellschaft“ aussieht, können wir doch Schritt für Schritt einen Richtungswechsel vollziehen und die Weichen in Richtung Nachhaltigkeit stellen.“

Diese Worte schrieb das Bundestagsmitglied Marion Caspers-Merk von der SPD als Vorsitzende an das Ende ihres Vorwortes zum Bericht der Enquetekommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“. Dieser Bericht erschien am 26. Juni 1998 – vor 17 Jahren. Helmut Kohl war noch Bundeskanzler.

Es war ein guter Bericht mit klaren Empfehlungen, wie Nachhaltigkeit zu erreichen ist. Wir sehen also: Wenn man Enquetekommissionen mit klugen Menschen besetzt, ergeben sich gute Berichte mit wertvollen und brauchbaren Empfehlungen.

Was dann aus den Empfehlungen gemacht wird, bestimmen aber andere, nicht unbedingt ebenso kluge Menschen. Am 27. Oktober 1998 wurde Gerhard Schröder Bundeskanzler. Er stellte die Wirtschaft in den Mittelpunkt seiner Politik und war den nicht nachhaltigen Ideologien des Neokonservatismus und Sozialdarwinismus verpflichtet.

(Hendrik Wüst [CDU]: Himmel, Himmel!)

Das einzig Nachhaltige dieser Politik war ein nachhaltiges Ignorieren der Nachhaltigkeitsempfehlungen.

Dennoch: Das Wort „Nachhaltigkeit“ ist angekommen. Auch in dem von uns heute vorgestellten Abschlussbericht unserer Enquetekommission findet es sich ausreichend häufig. Wir können also zufrieden sein. Enquetekommissionen wirken nachhaltig – auch unsere.

(Beifall von den PIRATEN und Hans Christian Markert [GRÜNE])

Im Sinne der Nachhaltigkeitsenquete des Deutschen Bundestages haben wir gearbeitet und Ergebnisse vorgelegt. Das ist gut so; denn auch für den vorliegenden Bericht haben die Fraktionen kluge Menschen bestellt, Experten hinzugezogen und Gutachten beauftragt.

Außerdem stecken nicht unerhebliche finanzielle Mittel darin. Der Steuerzahler hat also ein Recht darauf, dass nun auch weiterhin klug mit den Ergebnissen verfahren wird. Die Bürger dürfen eine bessere und schnellere Umsetzung erwarten, als es bei den Empfehlungen der Bundestagsenquete zur Nachhaltigkeit der Fall war.

Die Handlungsempfehlungen beschreiben also wissenschaftlich und konsensual, was technisch möglich ist. Durch die sachlichen, fast lakonischen und wertungsfreien Formulierungen ließ sich Einigkeit erreichen.

Der Streit beginnt jetzt auf anderen Ebenen, außerhalb der rein technisch-wissenschaftlichen fachlichen Diskussion unter bisher ausgeklammerten Aspekten, die nun relevant werden: betriebswirtschaftliche, volkswirtschaftliche, ökologische, politische, gesamtgesellschaftliche.

Nicht alles, was wertungsfrei als technisch machbare Handlungsempfehlung beschrieben ist, ist auch sinnvoll oder erwünscht, egal ob unter einem der jetzt hinzukommenden Aspekte oder unter allen. Es geht um Ressourcennutzung, Effizienz, Suffizienz und Kreislaufwirtschaft – der Weg hin zu einer Kreislaufwirtschaft, wie der Kommissionsvorsitzende Herr Markert das vorhin schon in seiner Einleitungsrede so zutreffend beschrieb.

Wir haben schon letzte Woche die ersten medialen Fehlinterpretationen erleben müssen, noch vor der Vorstellung unserer Ergebnisse an diesem Montag. In dieser Woche folgten dann weitere von landespolitischer Seite. Es wird so weitergehen mit gezielten Fehlinterpretationen wider besseres Wissen durch Menschen, die eine bestimmte Agenda verfolgen.

Werden auch jetzt wieder andere Menschen – nicht unbedingt ebenso klug wie die Kommissionsexperten – bestimmen, was aus den Empfehlungen gemacht wird? – Nein! Das hat die Kommission, das haben ihre Ergebnisse nicht verdient. Es lohnt sich, da gegenzusteuern.

Für die Piraten stelle ich eindeutig fest, dass wir weiter an unserer Forderung nach einem Kompletterbot für Fracking nach fossilen Brennstoffen festhalten. Der Versuch, aus den Ergebnissen der Kommission abzuleiten, Fracking sei jetzt eine Option, ist eine gezielte Fehlinterpretation wider besseres Wissen durch Menschen, die platt und stumpf ihre kurzsichtige Agenda verfolgen.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN)

Die Kommission hatte Fracking ausdrücklich ausgeklammert. Darauf hat der Kommissionsvorsitzende Markert eben nochmals hingewiesen.

Die lakonisch beschriebene Tatsache, dass Braunkohleveredelung technisch machbar ist, bedeutet ebenfalls nicht, dass sie unter all den anderen Aspekten sinnvoll oder erwünscht wäre. Hier muss die gesamtgesellschaftliche Abwägung vorgenommen werden, auch unter Aspekten der Nachhaltigkeit, des Umweltschutzes, des Flächenverbrauchs, der Volkswirtschaft, der gesellschaftlichen Akzeptanz.

Betriebswirtschaftlich rechnet sich das schon gar nicht. Und solange das so bleibt, müsste man entsprechend Geld nachschießen, damit sich überhaupt jemand findet, der das betreibt.

Aber Forschung und Entwicklung schreiten voran, und niemand weiß, was in 20 Jahren möglich und sinnvoll ist, ökologisch und nachhaltig betrachtet. Es ist schade, dass bei der Interpretation der Handlungsempfehlungen all dies bereits jetzt ausdrücklich betont werden muss.

Wie gesagt, die Bürger erwarten zu Recht eine gute und schnelle Umsetzung unter ihrer politischen Beteiligung, durch eine vorausschauende Wirtschaft, eine weitsichtige Industrie und durch eine kluge und nachhaltige Landes- und Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen. Möge uns das gelingen! – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN, der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin^{*)}, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Vorsitzender der Enquetekommission, sehr geehrter Herr Markert! Alle anderen, die hier schon gesprochen haben, seien ebenfalls mit einbezogen.

Ganz herzlichen Dank für die nicht nur sehr spannende Beratung am heutigen Nachmittag, sondern vor allen Dingen herzlichen Dank für die von Ihnen geleistete Arbeit. Nicht nur die Seitenzahl ist sehr beeindruckend, sondern auch das, was auf den Seiten steht. Das ist ein tolles Beispiel für gelungene parlamentarische Arbeit.

Kollege van den Berg hatte ja gesagt, einen Chemienobelpreis würde man für das, was darin steht, nicht bekommen; aber ich hatte manchmal während der Debatte den Eindruck, der Friedensnobelpreis wäre eine Option,

(Heiterkeit und Beifall von allen Fraktionen)

angesichts der Einigkeit, die wir gerade vernommen haben.

Sie haben alle nur denkbaren Optionen, die die chemische Industrie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten hat, beleuchtet, von der Rohstoffseite über die Werkstoffe und Verfahren bis hin zu den möglichen Beiträgen der Chemie zum Gelingen der Energiewende. Das ist eine – so mein Eindruck – in Teilen auch über den Einsetzungsbeschluss hinausgehende wirklich umfassende Analyse, die allen Akteuren, die an diesem Thema arbeiten, eine ganz wesentliche Hilfe sein wird.

Sie haben diese Optionen rational und analytisch bewertet – darauf haben der Vorsitzende und andere Redner und Rednerinnen auch hingewiesen –, nach ökologischen, nach ökonomischen, aber eben auch nach sozialen Kriterien. Ich glaube, das ist die Basis dafür, dass seriöse und ideologiefreie Empfehlungen gegeben worden sind, die dann eben auf einen fruchtbaren Boden fallen.

Sie haben – das ist noch einmal deutlich geworden – diesen überparteilichen Konsens herbeigeführt. Es gibt keine Minderheitsvoten, keine weißen Flecken in dem Bericht. Es gibt auch nicht irgendwelche Themen, an die Sie sich nicht herangewagt hätten, weil das zu Streit hätte führen können. Sie haben alles behandelt. Deswegen kann man davor wirklich nur den Hut ziehen.

Ich weiß aber auch, dass Ihnen ein solches Lob als Stellungnahme zu einem solch umfassenden Bericht der Enquetekommission nicht ausreichen würde. Es geht vielmehr um die 58 Handlungsempfehlungen, die zu einem nicht kleinen Anteil auch ganz konkret uns als Landesregierung zum Adressaten haben. Manches geht darüber hinaus, aber nicht selten sind auch wir herausgefordert.

Seien Sie gewiss, dass nicht nur mein Haus, sondern die gesamte Landesregierung, insbesondere das Ressort Wissenschaft der Kollegin Schulze, aber auch die Ressorts Umwelt, Schule und Arbeit mit einbezogen werden in die Bewertung und in die Analyse Ihrer Handlungsempfehlungen. Wir werden unverzüglich daran gehen, diese Gespräche aufzunehmen. Der von der Enquetekommission betrachtete Untersuchungszeitraum umfasst ja zwei Investitionszyklen. Ganz so lange werden wir uns als Landesregierung nicht Zeit nehmen,

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

sondern wir werden sehr viel schneller die ersten Einschätzungen vornehmen.

Es ist ja auch nicht so, dass wir in der Landespolitik – das darf ich insbesondere für die Wirtschaftspolitik sagen – jetzt bei null anfangen müssten. Die Stärkung von Netzwerken, ob Cluster oder Produktionsverbände, steht seit Jahren auf der Agenda. Die Bedeutung von Innovation für unser Industrie-

land muss ich auch nicht betonen; da haben wir sehr übereinstimmende Wahrnehmungen.

Mit Blick auf die Empfehlungen zur Industrie- und Technologieakzeptanz darf ich auf das verweisen, was wir beim „Dialog schafft Zukunft – Fortschritt durch Akzeptanz“ schon geschafft haben. Was in der Dialoggeschäftsstelle mit den neu zu beauftragenden handelnden Personen weiterentwickelt wird, wird dazu beitragen, die Arbeiten noch besser zu verzahnen.

Ähnliches gilt für das Thema „Förderpolitik“ oder auch das Thema „Bürokratie“. In der laufenden EFRE-Förderperiode ist vieles einfacher als vorher dank Pauschalen, vereinfachter Verfahren und deutlicher Verringerung der bewilligenden Stellen.

Auch haben wir mit dem EFRE unsere Innovationsförderung ganz bewusst auf die Leitmärkte ausgerichtet. Damit sind wir ziemlich nahe bei dem auch von Ihnen Gewünschten. Basis der Förderung ist die Innovationsstrategie des Landes, die auf den Aspekten Fortschritt und Nachhaltigkeit fußt. Wir werden uns in der Landesregierung sehr zügig und intensiv damit auseinandersetzen. Hier und heute ist nicht der Ort, zu den Vorschlägen im Einzelnen Stellung zu nehmen; das habe ich gerade versucht, deutlich zu machen. Ich will aber einige Stichworte aus der Debatte aufgreifen, um deutlich zu machen, dass wir auf dem Weg sind.

Zum Thema „Abfallströme als Rohstoff“ gibt es eine Debatte, die wir, weil es dazu ja auch mal Vorschläge in einer öffentlichen Studie gegeben hat, sehr früh aufgegriffen haben. Die Beteiligten wissen, dass wir das für ein Thema halten, das besonders intensiv bearbeitet werden soll.

Zu den vorgeschlagenen Pilotanlagen frage ich: Wie können wir es schaffen, dass Erkenntnisse, die auch außerhalb Nordrhein-Westfalens zugänglich sind, am Ende nicht irgendwo in der Republik, sondern tatsächlich hier in Nordrhein-Westfalen umgesetzt werden? Das muss unser Anspruch sein.

(Beifall von der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Wir reden über die Energiewende. Ohne das Fass an dieser Stelle aufzumachen: Dass die Speicherung dabei in Zukunft eine ganz wesentliche Rolle spielen wird und dass deswegen auch eine Technologie, die heute wirtschaftlich nicht darstellbar ist, etwa Power-to-Gas, eine Rolle spielen kann, ist ebenfalls ein sehr wichtiger Hinweis.

Mich hat besonders gefreut, dass noch zwei weitere Themen einen wesentlichen Teil der Arbeit in der Enquetekommission bestimmt und auch in der heutigen Debatte eine Rolle gespielt haben, nämlich das Thema „Stoffliche Nutzung“ und das Thema „Kohlechemie“. Für die Zukunftsfähigkeit der Region sind diese Themen natürlich von besonderer Bedeutung. Wir reden ja auch an anderen Stellen, zum

Beispiel in der „Innovationsregion Rheinisches Revier“ ganz intensiv darüber. Ich glaube, dass sich hier verschiedene Handlungsstränge optimal ergänzen, um daraus dann wirklich etwas Konkretes zu machen, was zusätzliche Wertschöpfung in die Region bringt. Die zeitlichen Perspektiven sind von Frau Dr. Beisheim und anderen bestätigt worden.

Was mich ebenfalls besonders gefreut hat und was ich noch einmal herausheben will, ist das Thema „Produktdesign“.

Auch das Stichwort „Cradle to Cradle“ ist hier schon gefallen. Ich habe vor wenigen Wochen eine Potenzialstudie für das Thema „Cradle to Cradle“ in Auftrag gegeben, weil ich glaube, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen optimale Voraussetzungen haben, um das zu einem Markenzeichen des Strukturwandels und überhaupt des Wandels unserer Industriegesellschaft in Nordrhein-Westfalen zu machen.

Das zu verknüpfen und nicht nur vom Ende her zu denken, wie so etwas aussieht, sondern schon zu Beginn möglichst viele Akteure von Produktdesignern bis zu Chemie- und Werkstoffexperten einzubeziehen und das Ganze wissenschaftlich begleiten zu lassen, das sehen wir als wichtige Aufgabe an. Deswegen wird es diese Potenzialstudie geben. Ich bin davon überzeugt, dass sich das wiederum mit den Ergebnissen der Enquetekommission hervorragend ergänzt.

Das sollen nur einige Beispiele sein, ohne eine abschließende Bewertung vorzunehmen. Ich erlaube mir an dieser Stelle aber das Fazit, dass der Abschlussbericht ein wirklich ausgewogenes, ein kluges Werk ist. Ihnen liegt ebenso wie mir und der Landesregierung der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Chemieindustrie am Herzen. Das ist deutlich zu spüren. Das war sicherlich, als die erste Idee zur Einsetzung einer solchen Enquetekommission diskutiert wurde, nicht allen so vor Augen. Dass Sie das unter Beweis gestellt haben, verdient aus meiner Sicht ein besonderes Lob.

Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, den wir – ich hatte Herrn Markert dazugebeten – auch bei den letzten beiden Chemie Gipfeln diskutiert haben. Dabei saßen Vertreterinnen und Vertreter der chemischen Industrie sowie der Gewerkschaften an einem Tisch, um über diese Perspektiven zu sprechen.

Immer wieder wird deutlich – das müssen wir auch in die Öffentlichkeit tragen –, dass die Chemie ein Pfeiler unseres Wohlstands ist und ein Pfeiler der nordrhein-westfälischen Industrie. Gleichzeitig ist sie Treiber von Innovationen. Sie ist unerlässlich für die Bewältigung der anstehenden Aufgaben. Egal ob wir über Klimawandel, Energiewende, Ernährung der Weltbevölkerung oder Mobilität reden: Ohne die Innovationen der Chemie ist die Bewältigung dieser Megathemen nicht denkbar.

Ich glaube, dass der Bericht der Enquetekommission und ihre Arbeit dazu beitragen können, das Verständnis für die Bedarfe der Branche, aber auch ihre Verdienste zu stärken. Dass das – ich wiederhole mich – in einem parteiübergreifenden Konsens gelungen ist, ist eine ganz besondere Leistung.

Gemeinsame Aufgabe von Parlament und Landesregierung ist es jetzt, den Rahmen für wirtschaftliche Betätigung und Investitionen so zu stecken, dass Innovationen im Sinne unseres Standorts erhalten und gestärkt werden können.

Deswegen: Ganz herzlichen Dank für diese gute und herausragende Arbeit! – Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung der Enquetekommission, den Bericht 16/8500 zur Kenntnis zu nehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der **Bericht der Enquetekommission II Drucksache 16/8500 zur Kenntnis genommen** worden. Das haben wir heute per Abstimmung festgestellt; das ist etwas ganz Besonderes.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf im Namen des Hohen Hauses allen Mitgliedern der Enquetekommission sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre engagierte und umfangreiche Arbeit danken. Ich bin sicher, Sie haben mit Ihrem Bericht einen bedeutenden Beitrag geleistet. Ich glaube, das ist heute durch diese Debatte, auch durch den Stil dieser Debatte, deutlich geworden. Sie haben für die zukünftigen Entscheidungen im Rahmen der Chemiewirtschaft einen großen Beitrag für unser Land Nordrhein-Westfalen geleistet. – Vielen Dank.

(Beifall von allen Fraktionen)

Ich rufe auf:

8 „Operation Last Chance“ – Die letzten lebenden NS-Täter müssen ihrer strafrechtlichen Verfolgung zugeführt werden

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8445